

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahterschrift: Nachrichten Dresden  
Grenzrecher-Sammelnummer: 25 241  
Aus für Nachgelehrte: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Januar 1928 bei täglich zweimaliger Auflistung von Haus 1,20 Mk.  
Goldmarkausweis von Monat Januar 1 Mark ohne Verkaufsstellung gebührt.

Unzeigungs-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einzahlige zu mindest  
25 Pf. abweichen so wie Familienanzeigen und Stellenangebote ohne  
außerhalb 25 Pf. abweichen so wie mindest Reklamezettel 200 Pf.  
Rabatt 10 Pf. außerhalb 25 Pf. abweichen so wie mindest Reklamezettel 200 Pf.  
Übertragungsgebühr 20 Pf. Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachr.“ ist urheilich. Urheiliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38 42  
Druck u. Verlag von Sievers & Reichardt in Dresden  
Postleitz.-Kont. 1058 Dresden

Erstklassiges Restaurant  
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee

„Barberina“

Prager Straße / Reitbahnstraße

Abends 8 Uhr: Das Parkett der  
Attraktionen aller Welt

## Hindenburg sucht umsonst Gehör zu halten.

Dr. Scholz lehnt das Wehrministerium ab. — Bis zur Neuwahl kommissarische Verwaltung?

### Bergebliebene Bemühungen Hindenburgs.

Berlin, 13. Jan. (Privatinformationen.) Wie WTB. von gutunterrichteter parlamentarischer Seite erfährt, muß es nunmehr als sicher gelten, daß Reichswehrminister Dr. Gehör die Leitung seines Ministeriums wiederlegt. In politischen Kreisen nahm man heute mittag noch an, daß die Bemühungen, namentlich des Reichspräsidenten, doch noch dazu führen würden, daß Dr. Gehör bis zur Neuwahl des Reichstages im Amt bliebe. Die Befürchtungen, die diesem Zweck dienen sollten, haben aber bereits gestern stattgefunden und nur zu dem Ergebnis geführt, daß der Rücktritt

Dr. Gehör nunmehr als unvermeidlich anzusehen ist. Ob die Rückerlegung der Leitung des Reichswehrministeriums zunächst in der Form einer Entlassung Dr. Gehörs erfolgt, steht noch dahin. Wahrscheinlicher ist aber die baldige formelle Genehmigung des Rücktritts.

Im Laufe des heutigen Vormittags sind denn auch bereits Verhandlungen über die Nachfolge Dr. Gehörs eingeleitet worden. Zu diesem Zusammenhang erinnert man in parlamentarischen Kreisen an die Vereinbarung, die bei der letzten Kabinettbildung zwischen den Regierungsparteien getroffen wurde, wonach die Deutsche Volkspartei das Reichswehrministerium bekommen sollte, sobald der bereits damals aktive Rücktritt Dr. Gehörs Wirklichkeit werden würde. Unter diesen Umständen hat der Reichspräsident heute vormittag den Führer der Reichsdeputations der Deutschen Volkspartei, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, den Posten des Reichswehrministers angeboten.

Dr. Scholz hat jedoch abgelehnt, da die parlamentarische Lage gerade in den nächsten Monaten ein Verbleiben in der Leitung der Kanzlei erfordert.

Als Kandidat für das Amt des Reichswehrministers ist weiter der volksparteiliche Abgeordnete Admiral Brüningshaus genannt worden. So sehr es in manchen parlamentarischen Kreisen für wichtig gehalten wird, daß ein Kadett aus dem Reichswehrministerium übernimmt, so glaubt man doch, daß sich gegen Brüningshaus ein Sturm der Opposition erheben werde, da Brüningshaus seinerzeit bei der Debatte über die Abenteuerlusten im Unterhaussaalschluß des Reichstags sehr hart gegen den Sozialisten Ottmann vorgegangen ist. Schon ausführlich wird weiter die Kandidatur v. Kardorff

angesehen. Bekanntlich hat Herr v. Kardorff, der auf dem linken Flügel der Volkspartei steht, vor nicht allzu langer Zeit die Abg. Katharina v. Scheibn geheiratet, in deren Hause schon seit langer Zeit Herr v. Seestädter Gast war. Wenn man dieser persönlichen Verbindung einiges politisches Gewicht beimessen will, dann wird man hier die Zusammenhänge der Kandidatur Kardorff erkennen können. Inzwischen ist ein neues Gerücht aufgetaucht, das wissen will, daß nach dem erfolgten Rücktritt Dr. Gehörs der Chef der Deputations, General v. Seye, die Geschäfte des Wehrministers bis auf weiteres führen werde. Es dürfte sich aber hier um eine sehr unwahrscheinliche Kombination handeln.

Vorläufig läßt sich nur feststellen, daß bis zur offiziellen Genehmigung seines Rücktritts Dr. Gehör seine Amtsgehäste weiter versiehen wird. Wenn in Presseorganen erklärt wird, daß kein Parlamentarier, sondern vielleicht eher ein außerhalb des Parlaments stehende Persönlichkeit das Wehrministerium übernimmt, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß die Regierungspartei Wert darauf legt, daß Wehrministerium mit einer dem Parlament angehörenden Persönlichkeit zu bekleiden. Ein anderer Weg käme wohl nur dann in Betracht, wenn innerhalb der Regierungsparteien eine Persönlichkeit, auf die sich die Parteien einigen könnten, nicht vorhanden wäre.

Berlin, 13. Jan. Wie WTB. auf Anfrage erhält, wird an unterrichteter Stelle nicht damit gerechnet, daß die formelle Ernennung über den Rücktritt Dr. Gehörs noch heute abend erfolgt. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß für den Fall einer kommissarischen Verwaltung der Reichskanzler die Leitung des Reichswehrministeriums mit übernehmen wird.

### Ministerbesprechung in der Reichskanzlei.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 13. Jan. Heute fand in der Reichskanzlei wiederum eine Ministerbesprechung statt, die sich, wie offiziell erklärt wird, mit der Vorbereitung der Länderkonferenz beschäftigte, die am Montag im Konventsaal der Reichskanzlei ihren Beginn nimmt. Nach der offiziellen Mitteilung hat sich diese Ministerbesprechung mit der Frage des Rücktritts des Reichswehrministers Gehör noch nicht befaßt. Beratungen an amtlichen Stellen hätten über die Frage der Nachfolge noch nicht stattgefunden.

### Der Mann jenseits der Krisen.

Der jetzt von seinem Posten zurücktretende Reichswehrminister Dr. jur. Otto Gehör ist am 8. Februar 1875 in Ludwigslust in Württemberg geboren. Dr. Gehör ist katholischer Konfession. Nach dem Besuch der Universitäten Erlangen, Tübingen und Leipzig trat er in den bürgerlichen Justizdienst ein, in dem er zunächst Reichspräsident, dann Altkanzler im bürgerlichen Justizministerium war. Danach wurde er dritter Staatsanwalt in Straubing, um dann von 1905 bis 1910 Generalstaatsanwalt in München zu sein. Vom Frühjahr des Jahres 1911 bis zum Jahre 1914 war er Oberbürgermeister von Nürnberg. Als Angehöriger der Demokratischen Partei begann im November 1919 seine Ministerlauffahrt als Reichsminister für Biede und Bau. Ende März 1920 wurde er als Nachfolger des schiedenden ersten Reichswehrministers der deutschen Republik, des Sozialdemokraten Rosse, Reichswehrminister, welches Pochen er bis zu seinem jetzt bevorstehenden Rücktritt ununterbrochen innehat. Während in allen anderen Ministerien die vielfachen Aktionen auch einen vielfachen Wechsel der Leiter bedingen, verblieb Dr. Gehör durch alle Krisen bis jetzt Reichswehrminister.

### Was die Berliner Presse sagt.

Berlin, 13. Jan. Zu dem von Dr. Gehör dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler zum Ausdruck gebrachten Wunsch von seinem Amt als Reichswehrminister zu scheiden, nimmt bisher nur ein Teil der Berliner Blätter Stellung. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt es: Mit aufrichtiger Bewegung sieht das deutsche Volk einen Mann, der auch schwere Jahre hindurch den mühsamen Widerstand des Reiches mit unermüdeten Treue gefördert, der ihm Gesundheit und beste Lebenskraft geopfert hat, aus den Reihen der aktiven politischen Führer scheiden. Das Beste, was ein Mann und Politiker von seinem Wirken erhoffen kann, ist geschehen: Sein Werk ist gesichert! In der „Täglichen Rundschau“ wird ausgeführt: Argendreiche politische Gründe dürften für die gegenwärtigen Rücktrittsabsichten nicht vorhanden sein. Dr. Gehörs Gesundheit ist so gut, daß unter den leicht Schicksalsläufen, besonders seit dem Tode seiner Mutter, sehr gelitten. Wie es scheint, kommt dem Rücktrittsgesuch diesmal eine ernsthafte

Bedeutung zu, so daß man mit einem Wechsel auf dem Posten des Reichswehrministers wird rechnen müssen. Dem Gegenfall zur „Täglichen Rundschau“ ist das „Berliner Tageblatt“ der Ansicht, daß nicht nur persönliche und Gesundheitsrücksichten für den Rücktrittswunsch des Reichswehrministers ausschlaggebend sind, sondern daß auch die ganze politische Situation maßgebend mit spreche. Es sei eine sehr lebhafte Reichswehrdebatte im Parlament zu erwarten, der sich Gehör offenbar nicht mehr gewachsen fühle. „Der Deutsche“ betont: Die Reichswehr hat sich zu einer starken und sicheren Stütze des Staates entwickelt. Daran hat Gehör zweifellos starke Verdienste. Der „Vorwärts“ schreibt: Der Reichswehrminister Dr. Gehör ist, das müssen auch seine Gegner ihm nachsagen, nie ein „Kleber“ gewesen. Er hat schon in früheren Jahren oft seinen Wünschen nach einer weniger verantwortungsbeladenen Tätigkeit in einer Weise Ausdruck gegeben, daß an seiner Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln war. Später traten schwere Schicksalsläufe in der Familie und eigene Krankheit dazu, um den Wunsch zu verstärken. Sein Abwiedergang kommt der Regierung aber in diesem Augenblick ebenso unwillkommen, wie in früheren, denn für die Erbschaft, die Gehör hinterläßt, ist nicht so leicht ein Erbe zu finden. Ein jetzt an ernennender Reichswehrminister wäre doch nur ein Plakat für den Mann, der nach den nächsten Wahlen kommen wird.

### Für die kommenden Staatsberatungen

sind neue sozialdemokratische Vorstände im Sinne der Umwandlung der Reichswehr zu erwarten. Dazu kommen noch die Debatten über die Präsidial-Ängstlichkeit und die sehr ernsten parlamentarischen Auseinandersetzungen über den von der Reichsregierung angeforderten Kreuzer, dessen Bau auch von einem Teile des Zentrums abgelehnt wird.

### v. Brittwitz nach Amerika abgereist.

Hamburg, 13. Jan. Der neue deutsche Botschafter in Washington, Dr. von Brittwitz und Gaffron, der gestern abend von Berlin kommend, in Hamburg eingetroffen war, hat sich heute morgen mit Gattin und Tochter vom Hamburger Hauptbahnhof aus mit dem Kapo-Sonderzug nach Cuxhaven begaben. Nach der Ankunft des Sonderzuges in Cuxhaven begaben sich der Botschafter und seine Familie sofort an Bord des Kapo-Sampfers „Albert Ballin“, der kurz nach 11 Uhr die Reise nach New York antrat.

### Deutschlands östliche Sorgen.

Die Zeitung „Glos Prawdy“, das Blatt Piłsudski, brachte vor kurzem ein Interview Stresemanns, in dem Deutschlands Außenminister erklärt haben soll, er habe nicht gewußt, daß durch den bestehenden Kriegszustand zwischen Litauen und Polen alle Verkehrsverbindungen abgebrochen wären. Diese Unterredung Stresemanns mit dem Korrespondenten der „Glos Prawdy“ wurde zwar sofort vom amtlichen Presseamt bestritten. Sie zeigt aber, wie man im Auslande bestrebt ist, das deutsche Interesse an den politischen Fragen des nahen Ostens als Bagatelle zu behandeln, obwohl diese für uns von nicht minderer Bedeutung sind, wie die Fragen der Lwow-Politik. Das zu vergessen, hieße, sich an unseren Brüdern zu rütteln, die seit Jahren in Danzig, in Memel und in Oberschlesien im Kampfe um ihr Deutschland stehen. Politische und wirtschaftliche Fragen des Ostens, wo der ältere politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang hohnsprechende Versailler Diktat sprach einen neuen Ballon für Europa schuf, werden noch in diesem Monat wieder im Brennpunkt des diplomatischen Schachspiels stehen. Vorgestern haben die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen abermals begonnen, Polens Regierung bat ferner in Kowno eine Note überreicht, in der die vom Volkerbund festgelegten litauisch-polnischen Beziehungen für Ende Januar vorgeschlagen werden, und endlich hat Litauen Berlin gebeten, mit Kowno wegen Abschlusses eines Handelsvertrages in Verhandlungen einzutreten. Es liegt wohl auf der Hand, daß hinter den Kulissen Dr. Stresemann mit Woldemarad auch wegen politischer Probleme die Klingen kreuzen wird. Denn wenn Litauen das Bedürfnis hat, jetzt einen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen, dann wird man gewiß nicht fehl gehen in der Annahme, daß unsere Außenpolitik diese Lage ausnutzen wird, um endlich auch die Memelfrage zu lösen.

Das Streben unserer Außenpolitik nach einer deutschen Lösung der Memelfrage wird aber mit den größten Schwierigkeiten zu rechnen haben; denn die politische Kräftekonstellation im nahen Osten ist von einer Kompliziertheit, welche vorzügliches Verhandeln und genauestes Abwägen der Möglichkeiten für die Sicherung deutscher Interessen erfordert. Mirands ist wohl der Wille der Verfaßter „Friedenssprecher“, Deutschland durch eine raffiniert ausgestaltete „Grenzberichtigung“ mit seinen Nachbarn zu verfeinden, so unverhüllt bestätigt worden wie im äußeren Nordosten des Reiches. Der Korridor steht wie ein Pfahl im lebenden Leibe der Nation, und das abgetrennte Memelland warf Zwieträcht zwischen Deutschland und Litauen. Wenn alle Sprüche des Volkerbundes und alle Versuche Deutschlands, Kowno zur Innenhaltung des Memelstatuts zu bewegen, das den etwa 145 000 Deutschen des Memelgebietes ihr vollliches Eigenleben verbürgt, bis auf den heutigen Tag keinen Erfolg gehabt haben, so sind die Gründe dazu wohl am wenigsten bei den litauischen Mächtigern selbst zu suchen. Es wäre absurd, zu glauben, daß ein Land wie Litauen mit etwa 68 000 Quadratkilometer Fläche und 1,9 Millionen Einwohnern, allein auf sich selbst gestellt, das deutsche Siebzigmillionenvolk mit immer neuen Verpflichtungen hinzuhalten wagen würde. Der Kredit der Kownover Regierung im internationalen Verkehr ist nur ganz gering, und so hat das Land, das nur reine Agrarwirtschaft und nennenswerte Industrie überhaupt nicht aufweist, bisher immer noch vergeblich sich um ausländische Anleihen bemüht. Bestecklichkeit der schlecht bezahlten Beamten ist bis in die allerhöchsten Kreise hinein etwas Alltägliches. Die jeweils herrschenden Mächtiger können sich nur dann behaupten, wenn sie des Militärsicher sind. So ist ja auch Woldemarad ganzes Streben darauf gerichtet, durch Belebung einträglicher Posten mit ihm ergebenen Offizieren, seine Stellung diktatorisch zu festigen. Es ist wahrlich nicht zuviel gesagt, wenn man die in inneren litauischen Zuständen als balkanisch bezeichnet. Nur die Weitläufigkeit des Landes, der geringe Bildungsgrad des Bauernvolkes und vor allem die von außen wirkenden politischen Kräfte haben bisher eine Explosion verhindert und den Auseinandersatz des Landes verhindert, über dessen Trümmer ja dann ein Kampf von unabsehbaren Folgen entbrennen würde. Also nicht in Litauen selbst, auch wenn sein Chauvinismus gegen die Memelländer noch so tödt, sind die treibenden Elemente zu der antideutschen Politik zu suchen. Wenn man sich der immer wiederholten englisch-französischen Vorstellungen in Kowno erinnert, „unverzüglich“ mit Polen zu einer Einigung zu gelangen, und